

MEHR MARKT WIRTSCHAFT



FORDERUNGSPAPIER DER MITTELSTANDS- UND WIRTSCHAFTSUNION
BEZIRKSVERBAND WÜRTTEMBERG-HOHENZOLLERN

BADEN-WÜRTTEMBERG

- LAND DER ZUKUNFTSKOMPETENZ
- LAND DER CHANCEN-GERECHTIGKEIT
- LAND DER FREIHEIT UND SICHERHEIT
- LAND DER SCHLANKEN VERWALTUNG



Es wird Zeit

Der Bezirksverband der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Württemberg-Hohenzollern (MIT WüHo) hat auf der Basis von Anregungen seiner Mitglieder und Ideen aus seinen Kreisverbänden in einer mehrtägigen Klausurtagung einen Katalog mit wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Forderungen erarbeitet. Deren rasche Umsetzung ist notwendig, um unser Land nach der Coronakrise für die Zukunft zu rüsten.

Wenn wir in Baden-Württemberg diese Forderungen zu den Landtags- und Bundestagswahlen 2021 anbringen und zügig danach umsetzen, wird sich Baden-Württemberg aus dem Verein der Bundesländer positiv hervorheben. Deshalb haben wir als Terminus stets „Baden-Württemberg als Land der...“ gewählt.

Die fünf Leitforderung, mit denen wir die Bevölkerung und die Wirtschaft für uns gewinnen wollen, lauten:

Baden-Württemberg als Land der

- **Zukunftskompetenz**
- **Chancen-Gerechtigkeit**
- **Freiheit und Sicherheit**
- **schlanken Verwaltung**
- **verständlichen Politik.**

Nachfolgend führen wir diese Forderungen ausführlicher und mit konkretem Bezug weiter aus. Dabei schneiden wir Themen an, die nicht nur in dem der MIT zugeschriebenen wirtschaftlichen Gebiet liegen, sondern mit Absicht auch in gesamtgesellschaftliche Bereiche eingreifen. Letztere beeinflussen unsere Wertevorstellung erheblich, sind doch gerade Bildung und Leistungsgedanken elementar, wollen wir unseren ansonsten ressourcenarmen Staat gegenüber anderen Ländern wettbewerbsfähig halten.

Teilweise finden sich ähnliche Forderungen unter verschiedenen, übergeordneten Begriffen. Dies ist jedoch beabsichtigt, um deren ressortübergreifende Bedeutung hervorzuheben. Darunter sind solche, die Innovation, Digitalisierung, Steuern/Abgaben, Verwaltung und Klimaschutz betreffen.

So möchten wir besonders herausstellen:

- Stärkung der heimischen Wirtschaft auf nationaler und europäischer Ebene durch eine strategische Industriepolitik
- Steigerung der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung (wobei wir hier die Digitalisierung als wesentlichen Faktor sehen)
- Besinnung auf eine Leistungskultur in der Bildung
- Beschleunigung der Verwaltungsvorgänge, vor allem im Bausektor
- Rechts- und Planungssicherheit im privaten und im unternehmerischen Bereich.

Unseren Katalog betrachten wir in besonderem Maße als eine Grundlage für das Wahlprogramm zur Landtagswahl 2021 sowie für die Wirtschafts- und Sozialpolitik der CDU Baden-Württemberg – auch in den Jahren über die Landtagswahl hinaus.

Bastian Atzger
Bezirksvorsitzender
MIT Württemberg-Hohenzollern

Zentrale Forderungen des Mittelstands für Baden-Württemberg

1. Baden-Württemberg als Land der Zukunftskompetenz

1.1 Stärkung der heimischen Wirtschaft auf nationaler und europäischer Ebene durch eine strategische Industriepolitik

- Politische Restrukturierungsrahmen müssen stärker durch Wirtschaftsverbände und den Mittelstand begleitet werden.
 - Beispiel: Gesetzesänderungen im Fall von vorinsolvenzlichen Krisen von Unternehmen (Basis EU-Richtlinie 2019/1023)
- Deutsche Schlüsselindustrien müssen mit einer zentralen Strategie aktiv gefördert und geschützt werden.
 - selbstbewusster und marktgerechter Umgang mit Chinas „neuer Seidenstraße“ und der amerikanischen Zollpolitik
 - Aktionen gegen Industriespionage
- Unterstützung einer Europäischen Strategie zur Anwerbung und Eingliederung internationaler Fachkräfte.
- Strategie gegen den Ausverkauf deutscher Unternehmen ins Ausland.
- Unterstützung für europaweit einheitliche Umweltgrenzwerte und Normen.
 - keine weitere Verschärfung bei der Umsetzung in nationales Recht
 - Verwaltung muss selbe Maßstäbe ansetzen wie im EU-Ausland üblich (sog. „wirtschaftliche Einzelfallprüfung“)
 - keine nationalen Steuern im Namen des Klimaschutzes
- Arbeitgeber und Arbeitnehmer benötigen ein an die moderne Arbeitswelt angepasstes Arbeitszeitgesetz.
 - flexible Arbeitszeitregelungen erleichtern Projektarbeiten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Arbeitsmodelle im Gastgewerbe

1.2 Justierung der Finanz- und Steuerpolitik für im internationalen Wettbewerb agierende Unternehmen und Anpassungsprozesse in der aktuellen Krisenlage

- Unternehmen brauchen einen einfachen Zugang zu Risiko- und Wagniskapital („Kultur des Venture Capital“) als Grundlegung für eine zeitgemäße Gründerdynamik und für eine treibende Wachstumsfinanzierung.
 - Einrichtung zweckdienlicher Fonds
 - Unbürokratische und einfache Zuteilungsmöglichkeit
 - Reform bei Mantelkäufen durch Erwerb von Unternehmen (Erhalt bestehender Verlustvorträge)
 - Schaffung eines Venture-Capital-Gesetzes
- Unternehmensgründungen, Unternehmensnachfolgen sowie die Förderung einer Startup-Kultur benötigen steuerliche Erleichterungen.
 - Verkürzung der Nutzungsdauer und/oder Sonderabschreibungen bei der steuerlichen Absetzbarkeit von Investitionsgütern für die Betreibung von Forschung und Entwicklung sowie für die Anschaffung/Herstellung von langlebigen Wirtschaftsgütern zur Erhaltung von Betrieben und Arbeitsplätzen
 - Anhebung der steuerlichen Grenzwerte bei Betriebsübernahmen anlässlich von Erbschaft und Schenkung

- Steuerliche Wettbewerbsnachteile für deutsche Unternehmen sind zur Stärkung der Marktposition (Globalisierung, Europäisierung) abzubauen.
 - Abflachung des Tarifgefälles gegenüber dem internationalen Steuergebiet (nach dem aktuellen OECD-Vergleich 5 %-Punkte Überstand in Deutschland)
 - Harmonisierung der Steuergesetzgebung innerhalb der EU zur Beseitigung von Wettbewerbsdiskrepanzen aufgrund unterschiedlicher Besteuerungsregelung
- Sofortmaßnahmen zur Krisenintervention sind vorzusehen.
 - Rückzahlung der geleisteten Vorauszahlungen an Finanzamt und Kommune für die Kalenderjahre 2019 und 2020 mit einem schlichten Antragsverfahren
 - Gewährung angemessener Steuerstundungen und Ratenzahlungen für bereits veranlagte Steuerjahre
 - USt-Zahllasten für eingereichte USt-Voranmeldungen sind spätestens innerhalb von drei Monaten fällig, Ausweitung auf Lohnsteuer und Sozialabgaben
- Keine Bargeld-Obergrenze, stattdessen klares Bekenntnis zum Erhalt des Bargelds als „gedruckte Form der Freiheit“

1.3 Die öffentliche Verwaltung leistungsfähig machen

- Die Öffentliche Verwaltung ist allumfassend auf die Anforderungen unserer Zeit auszurichten.
 - Im Wettbewerb mit anderen Staaten ist der staatliche Rahmen – die Bürokratie – ein entscheidendes Element, das die Geschwindigkeit für sehr viele Prozesse der Wirtschaft und im Privatleben vorgibt. Deutschland ist beinahe Schlusslicht in der EU bei der Digitalisierung.
 - Wir brauchen eine vollständig digital geführte staatliche Bürokratie, die auf zentrale Datenbasen der BRD zugreift. Persönliche Daten (z.B. Gesundheitsdaten) müssen dabei in der absoluten Verwaltung des Bürgers verbleiben, die Cybersicherheit muss sichergestellt sein.
- Beseitigung der Zuständigkeitsvielfalt bei Bund, Ländern und Kommunen für die Digitalisierung, Einrichtung einer klaren Zuständigkeit von oben nach unten
- Analyse von Verwaltungsabläufen, Vereinfachung und Digitalisierung, damit Verschlinkung der Verwaltung, „Once Only“ als Vorgabe für Daten
- Gesetze nur noch in „Digitalen Akten“ erlassen
- Entscheidungsprozesse mit KI unterstützen (erleichtert die Dateneingabe auch ohne Beisein eines Experten)
- Nutzerkonten einrichten und wirklich zum Nutzen des Bürgers ausbauen (z.B. service-bw.de)
- Prinzip des „Open Data“ einführen; Daten (z.B. Geodaten, meteorologische Daten, Grundbücher, auch solche der öffentlichen Unternehmen) frei verfügbar machen
- Gebührensätze der Verwaltung halbieren, wenn Unternehmen/ Bürger den Vorgang elektronisch ausführen
- Einführung einer „Digital First“-Strategie, die alle kommerziellen Partner der Verwaltung zwingt, sich auf einen digitalen Prozess umzustellen
- Reduzierung der Beamtenstruktur auf das absolut notwendige Maß (für direkt mit der Sicherung und dem Schutz unserer Verfassung und ihrer Organe befassten Personen, z.B. Polizei/Bundesgrenzschutz), Angleichung der Gehälter und Pensionsansprüche an das Rentenniveau.

Bei allen hier aufgeführten Punkten sehen wir die Notwendigkeit, dass BaWü auf bundeseinheitliche Strukturen drängt, dann, wenn diese nicht schnell genug erreicht werden können, aber selbst aktiv wird.

1.4 Leistungskultur in der Bildung etablieren

- Die Qualität der Schulbildung muss weiter verbessert werden
 - Schulabschlüsse sind verstärkt an die Bedürfnisse der Wirtschaft anzupassen (insb. im Bereich der Vergleichbarkeit bzw. Standards bei Abschlüssen)
 - MINT-Fächer müssen attraktiver gestaltet werden, um nicht nur die Allgemeinbildung zu stärken, sondern auch um Jugendliche für Berufe aus diesem Bereich zu begeistern
 - „DHBW-Modell an Schulen“ (v.a. Gymnasien) etablieren, also z.B. externe Dozenten mit betriebswirtschaftlicher Qualifikation für das Fach Wirtschaft beauftragen
 - Corona hat gezeigt, dass die Möglichkeiten der Digitalisierung auch im Schulbereich noch weiter ausgebaut werden müssen.
- Erhalt, Ausbau und Optimierung der beruflichen Bildung
 - Durchlässigkeit nach Abschlüssen erhalten („kein Abschluss ohne Anschlussmöglichkeit“)
 - das Qualitätsmaß staatlicher Hochschulen (z.B. DHBW) sollte aus konkreten Lerninhalten bzw. Anforderungen bestehen und sich nicht an (steigenden) Absolventenzahlen bemessen
 - Aufwertung der beruflichen Bildung und Ende der Akademisierung der Gesellschaft
 - Internatsplätze an beruflichen Schulen ausbauen
- Innovationskultur im Hochschulbereich fördern
 - Verlässliche Hochschulfinanzierung
 - HS-Strukturkommission einsetzen (zur Anpassung von Strukturen, Optimierung der Mittelverwendung, Erfassung des korrekten Personalbedarfs)
 - Förderung einer Gründerkultur durch Vermittlung unternehmerischen Denkens von der Schule bis zum Abschluss.
- Sprachförderung
 - Bereits im Vorschulalter muss eine Sprachförderung für alle Kinder umgesetzt werden. Diese muss ein gutes deutsches Vokabular umfassen und in weiterführenden Schulen zu rhetorischen Kompetenzen wie Freie Rede oder Präsentationstechniken führen

1.5 Aktive Förderung von F&E-Maßnahmen im Mittelstand

- Der Know-how-Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft muss forciert werden.
 - bessere und einfachere Vernetzung zwischen Hochschulen und Mittelstand
 - regelmäßiger „Round-Table“ zwischen Land, Bildungseinrichtungen und Mittelstandsvertretern
- Einfacher und unkomplizierterer Zugang zu Fördermitteln
 - Einrichtung einer zentralen Stelle (Webseite) mit übersichtlichem Angebot von Fördermitteln, Voraussetzungen und Beantragungswegen.
 - Da die EU bei der Fördermittelvergabe streng nach kleinen und mittleren Unternehmen (weniger als 250 Beschäftigte) und Großunternehmen trennt, ist gerade für Unternehmen der mittleren Größe eine nationale Lösung zu finden.

- Förderrichtlinien müssen mehr auf die Bedürfnisse des Mittelstandes zugeschnitten werden.
- Förderungen für nachhaltige Anschaffungsinvestitionen sind um 15% zu erhöhen und die Hürden zu Innovationsförderungen zu reduzieren. Die Förderhöhe für KMU ist dabei insgesamt zu verdoppeln.

1.6 Moderne Mittelstandspolitik

- Für die CDU darf Mittelstandspolitik nicht nur ein Unterressort der allgemeinen Wirtschaftspolitik sein. Teil einer rahmenorientierten Mittelstandspolitik müssen auch stets andere Politikbereiche wie Umweltpolitik, Verkehrspolitik oder Sozialpolitik sein.
- Deutschland muss bereits auf europäischer Ebene Verordnungen und Richtlinien auf die Konsequenzen für die mittelständisch dominierte Wirtschaft in Deutschland prüfen und bereits vor deren Verabschiedung beeinflussen.
- Politik und Staat müssen die Jugend als vielfältiger und somit in Teilen auch als konservativer wahrnehmen, als dies derzeit der Fall ist
 - viele junge Menschen in der Region wollen gerne in der Heimat bleiben, würden gerne vor Ort arbeiten (auch im ländlichen Raum) und setzen auf bürgerliche Werte. Dies darf die Politik nicht ignorieren, nur weil in den Medien oft andere Bilder gezeigt werden.
 - Politik muss diesen Menschen wirtschaftlich attraktive Zukunftsaussichten und zudem Anreize für eine unternehmerische Betätigung bieten.
- Der Staat muss sich aktiv an der Förderung einer Gründerkultur beteiligen
 - in allen Lebensbereichen ist die Vermittlung von Wissen, Kreativität, situativem Handeln und Vernunft als Basis jeglichen unternehmerischen Denkens zu vermitteln
 - das Prinzip des lebenslangen Lernens darf nicht nur gepredigt, es muss gefordert und gefördert werden
 - auch das Scheitern von Geschäftsideen darf in einer Gründerkultur keinen lebenslangen Makel darstellen

1.7 Klima- und Umweltschutz mit ökonomischer Vernunft

- Die Klima- und CO₂-Thematik sind als Chance für die innovative deutsche Wirtschaft zu begreifen und technologisch zu lösen
 - innovative und effiziente Technologien in Deutschland erfinden, entwickeln, produzieren und exportieren: Rahmenbedingungen schaffen, dass moderne und umweltschonende Produkte internationale Marktpotentiale gewinnen können
 - Kreislaufwirtschaft – politische und steuerliche Förderung für das Verringern von Abfall und Ressourcenverschwendung und für das Schließen von Energie- und Materialkreisläufen
- Die Umweltschutz- und Klimadebatte benötigt eine Versachlichung
 - Politik muss auf Neutralität der Forschung Wert legen, d.h. konsequente Anwendung des Grundsatzes der wissenschaftlichen Skepsis und Bewertung von Studien auf Basis ihrer methodischen Qualität und der dahinterstehenden Auftraggeber bzw. Finanziers
 - in der Umsetzung von umweltpolitischen Maßnahmen hat Politik stets sämtliche Konsequenzen und die Sinnhaftigkeit ihrer Maßnahmen („gesunder Menschenverstand“) zu beachten

- Grenzwerte sowohl im Verkehr, am Arbeitsplatz oder im privaten Bereich müssen realistisch, umsetzbar und angemessen sein
 - sie dürfen nicht ideologisch festgesetzt werden, um politische Forderungen, wie z.B. Fahrverbote durchzusetzen
 - sie dürfen keine Grundlage für Abmahnvereine zu Klagewellen sein
- Umwelt- und Ressourcenschutz darf nicht in die Öko-Diktatur führen
 - die Politik muss der Bevölkerung die Konsequenzen einer rein ideologischen Verbots- und Verzichtskultur aufzeigen
 - es darf keinen Umbau des Staates/der Marktwirtschaft/der Gesellschaft unter dem Klima-Siegel geben
- Die Förderung regionaler Strukturen und Angebote (z.B. im Einzelhandel) ist unabdingbar und wirkt sich sowohl ökonomisch als auch ökologisch positiv aus.

1.8 Digitalisierung als Wegbereiter in die Zukunft

- Die Möglichkeiten der künstlichen Intelligenz müssen erkannt, ihre Vorteile gefördert und ihre Risiken begrenzt werden
- Deutlich beschleunigter Breitbandausbau mit Glasfasertechnologie sowie der G5-Netze
- In der Digitalisierung liegen für KMU dieselben Hemmnisse wie im Bereich der Forschungsförderung – Unterstützung ist nur schwer zu erhalten, Gelder nur nach langen bürokratischen Verfahren
- Digitalisierungskompetenz beginnt bereits in den Schulen, die entsprechende Ausrüstungen sowie qualifizierte Lehrkräfte erhalten müssen, und reicht über das Privatleben bis zum Arbeitsplatz

2. Baden-Württemberg als Land der Chancen-Gerechtigkeit

2.1 Neu-Definition des Begriffs der sozialen Gerechtigkeit

- Die deutsche Politik muss sich stets auf die Werte der Sozialen Marktwirtschaft besinnen und diese für die Moderne weiterentwickeln
 - Unterstützung für Benachteiligte: Hilfe für die, die sich (unverschuldet) nicht selbst helfen können
 - Chancengleichheit: Jeder soll zum Start des Lebens dieselben Bildungs- und Aufstiegs-Chancen erhalten, jedoch seinen Lebensweg selbst bestimmen können
 - Wertschätzung gegenüber den Fleißigen: Leistung darf und muss sich lohnen. Es darf aber keine künstliche Überforderung der Leistungsträger geben
 - Leistungsgerechtigkeit: Sozialsysteme können nur dann überleben, wenn jeder Bürger einbringt, was er einbringen kann. Gerechtigkeit bedeutet daher auch, Leistungen des Sozialsystems nicht als selbstverständlich anzusehen: D.h. von den Empfängern dürfen zumutbare Gegenleistungen eingefordert werden (z.B. Nachbarschaftshilfe, soziale Dienstleistungen) und Missbrauch von Sozialleistungen ist entschieden zu verhindern
- Eine Gesellschaft muss besonders Jugendlichen und älteren Menschen erhöhten Verbraucherschutz und Rechtsschutz bieten, um Überschuldung, Ausnutzung und Ausgrenzung zu verhindern

2.2 Deutschland als Land der ökonomischen Gerechtigkeit

- Es bedarf einer dringenden Reform des EEG mit dem Ziel eines wettbewerbsfähigen Strompreises im europäischen Vergleich
- Wirtschaftliche Betätigung von Gemeinden darf nur im Rahmen der Daseinsvorsorge erfolgen. Öffentliche Betriebe dürfen nicht gezielt in Konkurrenz zur Privatwirtschaft treten
- Der Solidaritätszuschlag ist ersatzlos zu streichen
- Sozialabgaben auf Direktversicherungen sind abzuschaffen

3. Baden-Württemberg als Land der Freiheit und Sicherheit

3.1 Versorgungssicherheit als Basis wirtschaftlichen Erfolgs

- Ausweitung des Wohnraums:
 - Förderung des Wohnungsbaus (Vereinfachte Flächenausweisung nach der LandesBO, 13b)
 - Abschaffung der Mietpreisbremse
 - höhere Abschreibungen auf den Bau von Wohn-Immobilien
 - Reduzierung von Verordnungen und Vorschriften, die das Bauen unnötig verteuern (z.B. Wegfall der Verpflichtung auf überdachte Fahrradstellplätze)
 - Streichung von teuren, aber nicht effizienten Vorschriften zum Wärmeschutz in der Energieeinsparverordnung (EnEV).
- Grunderwerbsteuer um 50 Prozent reduzieren sowie einmal pro Person vollständig erlassen („erster Kauf steuerfrei“)
- „Subjektförderung vor sozialem Wohnungsbau“, d.h. statt Finanzierung von Bauträgern nach dem Gießkannenprinzip, Gelder für Kommunen für Mietzuschüsse (und Ersatz der nur einmal zu erteilenden Bezugsberechtigung durch einen faireren jährlichen Bedürftigkeitsnachweis über die Steuererklärung)
- Zügige Umsetzung des Breitbandausbaus und G5-Netze auch im ländlichen Raum (vgl. 1.8).
- Sicherung der Versorgungssicherheit durch Regionalität (z.B. bei landwirtschaftlichen oder medizinischen Produkten).

3.2 Innere Sicherheit als Basis gesellschaftlicher Stabilität

- Klare Regelungen zur Videoüberwachung in der Öffentlichkeit
- Hohe innere Sicherheit begreifen als Standortattraktivität für Unternehmen

3.3 Soziale Sicherheit als gesellschaftliches Bindeglied

- Um leistungsfähig zu bleiben benötigt Deutschland dringend einen schlankeren und zielgerichteten Sozialstaat
 - Der Sozialanteil im Bundeshaushalt ist zu hoch (155 Mrd. € = 43% in 2020). Die Sozialleistungsquote (auch Sozialstaatsquote) muss dringend durch mehr Fordern und marktorientiertes Fördern abgesenkt werden
 - Reduzierung der Verteiler: Transferleistungen werden aktuell über ca. 60 verschiedene Kanäle verteilt. Hier braucht es eine dringende Zusammenlegung

- Solidarische gesetzliche Rentenversicherung: Deutschland braucht eine Rente, in die alle einzahlen und zu gleichen prozentualen Anteilen vom lebenslangen Durchschnittslohn herausbekommen

4. Baden-Württemberg als Land der schlanken Verwaltung

4.1 Unternehmen sind mit zu viel Bürokratie belastet

- Anpassung des Vergaberechts öffentlicher Aufträge mit qualitativen Maßstäben, d.h. nicht nur mit dem Preis als einzigem Kriterium
- Gewährung eines Freimonats für die Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen (entspricht der Abschaffung der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge)
- „1 in, 2 out“: Verschlankung der Gesetzesflut durch Vorgabe, dass für jedes neue Gesetz, zwei bestehende abzuschaffen sind.

4.2 Höhere Grenzen bei Abschreibungen

- Anhebung der Grenze für die Abschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter auf 2.000 Euro (seit 01.01.2018 bei 800 Euro)

4.3 Verwaltungsvorgänge beschleunigen

- Baugenehmigungsverfahren beschleunigen
- So viele Verwaltungsvorgänge wie möglich digitalisieren (s. 1.3).

5. Baden-Württemberg als Land der verständlichen Politik

5.1 Rechts- und Planungssicherheit als Grundlage guter Politik

- Haftung nur beim Verursacher von Sozialbetrug (insbes. durch den Wegfall der Subunternehmerhaftung im Tarifreuegesetz)
- Unternehmen wissen nicht wie sie investieren sollen, da die Politik häufig verwirrende und unklare Signale sendet
- Abschaffung des Verbandsklagerechts
- Abmahnwesen eindämmen

5.2 Europapolitik muss Werbung für die EU sein

- Die deutsche Politik darf Europa nicht allein die Schuld für Bürokratie geben, sondern sollte stets die Vorteile der gemeinsamen Union betonen
- Europa muss zügig eine Form eigener Zusammenarbeit mit Großbritannien entwickeln, um die Folgen des Brexits zu koordinieren und Kontakte zu erhalten. Baden-Württemberg sollte dies unabhängig der europäischen Bemühungen parallel angehen

5.3 Privatsphäre

- Keine Regierung hat das Recht, in die Privatleben und Interessen von Individuen und Organisationen einzugreifen, außer diese verwenden ihre freiheitlichen Rechte


missbräuchlich, d.h. zum Schaden anderer. Alle Gesetze und Verordnungen sind auf dieser Basis zu entwerfen

5.4 Verkehrspolitik

- Die Novelle der StVO muss rückgängig gemacht werden. Nicht nur werden Radfahrer gegenüber anderen Verkehrsteilnehmern mehr Rechte eingeräumt, auch ist die Bestrafung vieler kleiner Delikte mit sofortigem Führerscheinentzug übermäßig streng gefasst worden.
- Es bedarf Rechtssicherheit beim Tempolimit. Der Bundestag hat hierüber 2019 abgestimmt, jetzt das Thema muss auf Jahre ad acta gelegt werden. Es darf in Deutschland keine ideologischen Geschwindigkeitsbeschränkungen geben
- Die Abhängigkeit vom Erdöl hat gezeigt, dass wir bei Antriebstechnologien und Kraftstoffen technologieoffen sein müssen. Es darf keine alleinige Fokussierung auf die E-Mobilität geben, so sind u.a. Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe zu fördern
- Das Straßenverkehrsnetz muss dringend modernisiert und ausgebaut werden und darf nicht durch marode Beläge, Mautstrecken und Tempolimits ausgebremst werden

5.5 Datenschutz

- Es bedarf klarer und verständlicher Regeln für Datensicherheit und Datenschutz, insb. bei mobilen Daten oder Fahrzeugdaten (Bewegungsdaten aus GPS-Geräten im Fahrzeug)
- Noch immer besteht große Rechtsunsicherheit bezüglich der DSGVO, auf Basis derer Abmahn-Wellen zu befürchten sind



Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Bezirk Württemberg-Hohenzollern
Bezirksgeschäftsstelle Bahnhofstrasse 8, 88250 Weingarten
Tel. +49 751/56 09 25 -20 · Fax +49 751/56 09 25 -50
bastian.atzger@mit-wueho.de · www.mit-wueho.de